

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d



Inhalt

Ernst Waltemathe MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der SPD-Bundestagsfraktion, setzt sich mit der geplanten 6. Wohngeldnovelle auseinander: Ein Trauerspiel.

Seite 1

Manfred Jene MdL wirft der bayerischen Staatsregierung vor, rechtsextremistische Aktivitäten von "Fußball-Fans" zu verharmlosen: Keine "Dummen-Jungen-Streiche".

Seite 3

Rüdiger Reitz, Referent für Kirchenfragen beim Parteivorstand der SPD, setzt sich mit dem Verhältnis von SPD und Protestantismus auseinander: Um fortschrittliche Kirchenkreise ringen.

Seite 5

39. Jahrgang / 165

28. August 1984

Zu Lasten der Mieter

Die geplante 6. Wohngeldnovelle stellt sich als Trauerspiel dar

Von Ernst Waltemathe MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der SPD-Bundestagsfraktion

Wohnungsbauminister Dr. Schneider hat seine Wohngeldversprechen aufgekündigt. Die Wohngeldanpassung soll nach Verschiebung um ein Jahr durch einen Trick abermals hinausgeschoben werden. Dies stellt sich als ein Trauerspiel in drei Akten mit vielen Szenen dar.

Erster Akt

Die "Wende"-Regierung führt "mehr Marktwirtschaft" ein. Die Mieten steigen doppelt so schnell wie die Lebenshaltungskosten, die unteren Einkommen stagnieren beziehungsweise gehen zurück. Da "der Markt sozial blind ist" (O.-Ton Dr. Schneider), soll ein Ausgleich für gestiegene Wohnkosten über zeitnahe Anpassungen des Wohngeldes erfolgen.

Szene 1

Ein Haushaltsbegleitgesetz kürzt familiengerechte Teile des Wohngeldrechts, die 1981 gerade erst eingeführt waren, zum 1. März 1983.

Szene 2

Bauminister Dr. Schneider legt am 8. Juni 1983 seine Konzeption für die von ihm verfolgte Bau- und Wohnungspolitik dem zuständigen Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau dar, und zwar schriftlich und mündlich.



Kernsatz: "Auch künftig soll das Wohngeld an die Entwicklung der Wohnkosten und Einkommen angepaßt werden. Die 6. Wohngeldnovelle ist in Vorbereitung. Ich gehe davon aus, daß sie spätestens zum 1. Januar 1985 in Kraft treten kann".

Zweiter Akt

Szene 1

Die SPD-Bundestagsfraktion nimmt den vom Bundesbauminister vorgelegten Mieten- und Wohngeldbericht '83 zum Anlaß, ihn in der Absicht zu bestärken, unverzüglich die Arbeiten an einer Wohngeldnovelle aufzunehmen und stellt einen entsprechenden Antrag im wohnungspolitischen Bundestagsausschuß. CDU/CSU und FDP winden sich und lehnen den SPD-Antrag ab. Sie formulieren vage: "Das Wohngeld ist als verlässliches Instrument der sozialen Wohnungsmarktwirtschaft in seinem Leistungsniveau zu erhalten. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, noch 1984 das Gesetzgebungsverfahren für eine 6. Wohngeldnovelle zur Anpassung des Wohngeldes an die Entwicklung der Mieten und Einkommen frühestmöglich, spätestens jedoch zum 1. Januar 1986 einzuleiten".

Szene 2

Die SPD-Bundestagsfraktion stellte zum 6. April 1984 einen Entschließungsantrag im Plenum des Deutschen Bundestages zur Debatte und Abstimmung, in welchem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Ankündigungen ihres Kabinettsmitgliedes Dr. Schneider wahrzumachen, eine Wohngeldanpassung zum 1. Januar 1985 vorzunehmen.

Der Antrag wird von den Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Dritter Akt

Beschlußlage ist nun also, daß die Bundesregierung "frühestmöglich, aber nicht später als zum 1. Januar 1986" eine Wohngeldnovelle wirksam werden lassen will.

Szene 1

Die Referenten von Bund und Ländern überlegen, welche Regelungen im einzelnen in die Novelle hineingebracht werden sollen. (Juli 1984)

Szene 2

Ernst Waltemathe beantwortet auf einer Pressekonferenz für die SPD-Bundestagsfraktion am 10. August 1984 Journalistenfragen dahingehend, daß schon die Verschiebung der ins Auge gefaßten Wohngeldanpassung um ein Jahr bedeuten würde, daß dann ein Geldbedarf von zusätzlich mindestens 800 Millionen DM pro Jahr gerechnet werden muß, wenn keine Verschlechterungen eintreten sollen.

Szene 3

Bundesbauminister Dr. Schneider bestätigt, daß er mit einem Anpassungsbedarf von 800 Millionen DM pro Jahr rechne.

Szene 4

Das Bundesbauministerium teilt den Bundesländern mit, es sei beabsichtigt, eine Novelle zum 1. Januar 1986 gesetzestechnisch in Kraft treten zu lassen, Bewilligungen nach neuem Recht aber erst vom 1. Juli 1986 zu erteilen und somit das Jahr 1986 aufzuspalten. Wohngeldempfänger würden dann in einem Jahr zwei Wohngeldbescheide empfangen. (Was unter anderem die Bürokratie steigert).

Fazit

Mit seinen pressewirksamen Dauerankündigungen, Wohngeldverbesserungen spätestens zum 1. Januar 1985 vorzunehmen, hat Bundesbauminister Dr. Schneider die Öffentlichkeit, insbesondere die Betroffenen, gelehmt.

Die Aufforderung seiner eigenen Bundestagsfraktion, nun wenigstens ein Jahr später nicht mit leeren Händen dazustehen, wird er nun ebenfalls nicht einhalten. Wenn es gut geht, dürfen Mieter und Eigenheimer, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, um ihre Wohnkosten aufbringen zu können, damit rechnen, daß vielleicht zum 1. Juli 1986 sich ein Silberstreif am Horizont abzeichnet. Dann wären 5 1/2 Jahre seit der letzten Anpassung des Wohngeldes an veränderte Wohnkosten und Einkommen vergangen. (Bisher lagen drei höchstens vier Jahre zwischen den Novellen).

Allerdings paßt der neue Termin: Anfang 1987 wird der 11. Bundestag gewählt.

+ + +

(-/28.8.1984/ks/rs)

Rechtsextremismus bei Fußball-Fans

Die bayerische Staatsregierung darf demokratiefeindliche Umtriebe nicht als "Dumme-Jungen-Streiche" herunterspielen

Von Manfred Jena MdL

Die begonnene Saison bei der Fußball-Bundesliga ist Anlaß, auf den Rechtsextremismus bei Fußball-Fans hinzuweisen. Eine Antwort des Innenministeriums, die mir jetzt zugeht, belegt, daß es fast bei jedem der letzten Heimspiele des FC Bayern zu Vorkommnissen mit Rechtsextremisten gekommen ist:

- o Am 7. April 1984 im Spiel gegen den VfB Stuttgart: Tragen von Sieg-Runen (S), von Hakenkreuzen, "Hitler-Gruß";
- o am 12. Mai 1984 im Spiel gegen den 1. FC Kaiserslautern: "Sieg-Heil"-Rufe, Hitler-Gruß, Zur-Schau-Stellen von SS-Runen;
- o am 26. Mai 1984 im Spiel gegen Bayer Uerdingen: Vier Personen verteilen Exemplare der "Standarte-Zeitung der Nationalen Basisgruppe".

Das Ministerium beobachtet Gruppen wie die NPD, deren Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN), eine Gruppe "Nationaler Aktivisten München" und "Nationale Basisgruppen" bei der Werbung um Mitglieder und Sympathisanten. Aufkleber, die dem Fußball-Gegner und seinen Anhängern den Tod wünschen - "Tod dem HSV" - werden immer häufiger.

Trotzdem beschwichtigt das Innenministerium in unverantwortlicher Weise. So fügt es immer hinzu, die Jugendlichen seien bei ihren rechtsextremen Auslassungen "alkoholisiert" gewesen. Als ob dies eine Entschuldigung wäre. Und mutmaßt gar, die Jugendlichen würden möglicherweise nur ein Ventil für ein "unpolitisches Bedürfnis nach Selbstbestätigung" suchen, einfach eine "Neigung zu Aggressivität und Provokation" haben. Freilich will das Ministerium auch eine "rechtsextreme Grundhaltung" nicht ausschließen.

Beunruhigt ist die Staatsregierung aber nicht. Es gebe in den Fußball-Fanclubs keine festgefügtten Blocks von Rechtsextremisten, neue Erkenntnisse über eine Unterwanderung der Vereine lägen auch nicht vor und die Polizei sei dieser Bedrohung auf alle Fälle gewachsen.

Die Staatsregierung macht es sich damit etwas zu einfach. Offensichtlich wird das Problem der rechtsextremistischen "Skin-Heads" nicht zur Kenntnis genommen, die bereits mehrfach in Erscheinung getreten sind. Und gerade weil die Grenze von "unpolitischer Provokation" zur rechtsextremistischen Aktivität so schnell überschritten wird, ist es falsch, dies mit Alkoholgenuß oder als Dumme-Jungen-Streiche zu entschuldigen. Zumal beispielsweise Hausdurchsuchungen bei solchermaßen aufgefallenen Jugendlichen möglicherweise wertvolle Aufschlüsse - bis hin zu Waffenfunden - bringen könnten.



An die Staatsregierung richte ich die Aufforderung, die Fanclubs der Fußballvereine und vor allem die bekannten Gruppierungen, die zumindest zum Rechtsextremismus neigen, stärker als bisher zu beobachten. Nach der Sommerpause werde ich im Landtag einen Bericht über die Entwicklungen in dieser "Szene" fordern.

Als geradezu lächerlich empfinde ich es, daß bislang an rechtsextremistische Rowdys Kostenbescheide von nur 30 oder 40 Mark ergangen sind. In welcher Relation steht dies beispielsweise dazu, daß bei einem einzigen Fußballspiel das Polizeiaufgebot dem Steuerzahler 75.700 Mark kostet? Diese Zurückhaltung bei den Bußgeldern ist umso unverständlicher, als bei anderen Demonstrationseinsätzen hohe Schadensersatzforderungen in Höhe von einigen tausend Mark an Demonstrationsteilnehmer herangetragen werden.

Nicht zu trennen von diesen rechtsextremistischen Erscheinungen und von der dadurch geförderten Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, sowie der bekannten Ausländerfeindlichkeit ist ein Vorgang, der sich nach dem Spiel gegen den VfB Stuttgart auf dem Münchner Marienplatz abspielte. Um 23 Uhr verlangten drei trunkene Fußball-Fans von einem ihm unbekanntem türkischen Ehepaar zwei Mark. Weil der Mann sich weigerte, trat ihm einer der Rowdys mit dem Fuß ins Gesicht. Die Frau des Türken stellte sich schützend vor ihren Ehemann und wurde daraufhin von allen drei "Fans" verprügelt. Sie mußte ins Krankenhaus gebracht und bis zum folgenden Tag stationär behandelt werden.

Ich habe die Staatsregierung auch mit diesem Vorfall konfrontiert und um Hilfe für die Opfer gebeten. Was allerdings hier als Antwort kam, ist beschämend für den ganzen Freistaat: Weil die Türkei nichts zahlen würde, wenn dort ein Deutscher tätlich angegriffen und gesundheitlich geschädigt wird, "darf" auch die Bundesrepublik nichts zahlen. Die Menschlichkeit muß hinter dem Gesetz zurückstehen, weil Ausländer keinen Anspruch auf Versorgung haben, wenn die "Gegenseitigkeit" nicht gewährleistet ist.

Der Schaden für das türkische Ehepaar könnte ins Unermeßliche steigen. Das bayerische Sozialministerium prüft nämlich derzeit, ob die Türken Hilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz erhalten können. Sozialhilfeempfang bei Ausländern ist aber in der Bundesrepublik ein Ausweisungsgrund.
(-/28.8.1984/ks/rs)

+ + +



Zum Verhältnis SPD und Protestantismus

Um die fortschrittlichen Kirchenkreise muß gerungen werden

Von Rüdiger Reitz

Referent für Kirchenfragen beim Parteivorstand der SPD

Ohne daß viele es gemerkt hätten, ist im Verhältnis der Sozialdemokratie zu wichtigen Bereichen des Protestantismus ein folgenreicher Prozeß in Gang gekommen. Erhöhte Aufmerksamkeit ist geboten.

Was ist geschehen? Nichts weiter, als daß die allgemeine politische Erstarkung der "Grünen" und die rechtskonservative Wende in Bonn innerkirchlich eine Differenzierung im politischen Sympathieverhalten kirchlicher Mitarbeiter und Amtsträger in Gang gesetzt hat. Wie seit langem nicht mehr bieten sich ihnen klare Alternativen, ohne den anspruchsvollen Weg einer Koalitionslinie, wie es Anfang der 70er Jahre en vogue war, einschlagen zu müssen: Auf der einen Seite die utopische Politik der "Grünen", auf der anderen Seite die Neuauflage einer politischen, nach Rückwärts gewandten, Romantik in der Gestalt von CDU/CSU. Das Problemfeld bilden überraschend SPD und FDP. Dabei ist Letztere so irrelevant geworden, daß sie an der Seite der christlichen Demokraten nicht wahrnehmbar ist. Die Sozialdemokratie aber findet sich unter den Optionsmöglichkeiten kirchlicher Mitarbeiter in die "Mitte" gerückt - ein sehr unbefriedigender Zustand.

Außerlich sichtbar wird das daran, daß sich einerseits eine rasch wachsende Zahl von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern mit den "Grünen" liiert, andererseits das starke konservative Lager im Protestantismus immer offener die rechtskonservative Wende (abzüglich der Tagesspannen, versteht sich) in Bonn zu einer auch atmosphärischen Wende in der Kirche ausnutzt. Ersteres bedeutet: Theologen fühlen sich als Mandats- und Funktionsträger jetzt vornehmlich bei den "Grünen" wohl; zweitens will ich sagen: Entschiedene und rechtskonservative Christen geben sich dazu her, mit Unionspolitikern zusammen in den Gemeinden theologisch nach dem "Rechten" zu sehen und das Wesen des Christentums mit christlich-bürgerlicher Lebensweise gleichzuschalten.

Dies geschieht nicht wenig auf dem Rücken politisch fortschrittlich eingestellter Pastoren, die auf subtile Weise eingeschüchtert oder sogar zur Aufgabe gezwungen werden. Inwieweit hier die Welle der Theologinnen, die auf die Kirche der späteren 80er und 90er Jahre zurilt, der Strategie der Konservativen einen Strich durch die Rechnung machen wird, ist nicht absehbar. Insgesamt gesehen deutet alles auf Polarisierungen in den nächsten Jahren überall da hin, wo in der Kirche Politik eine Rolle spielt.

Der vor 15 Jahren für viele Protestanten noch attraktive Weg einer Koalitionslinie ist ein Holzweg geworden. Genau hier aber lag die Stärke von SPD und FDP, solange man unter sozial-liberal noch geistige Konturen auszumachen vermochte. Heute sagen viele der "Neu-Grünen" und Exodus-Sozialdemokraten, es sei der kurze Zeitraum zwischen 1967 und 1975 gewesen, wo man sich unter sozialliberal noch unterstützenswerte Politik vorstellen konnte. Mit anderen Worten: Wir bemerken erst jetzt richtig, daß die Entfremdung zwischen SPD und Teilen des sozial-liberalen Protestantismus bereits 1975 einsetzte, also schon fast zehn Jahre anhält.



Ob es den konservativen Bischöfen heute recht sein kann, daß die politische Identifikation der Mehrheit im deutschen Protestantismus mit sozial-liberal nicht mehr stattfindet, muß bezweifelt werden; denn der Preis für diesen Umbruch ist der Einzug von Polarisierungen ins kirchliche Leben durch Politik. So darf die Prognose gewagt werden, daß eine Weile lang weite Pendelausschläge, von "grün" zu "schwarz", das politische Bewußtsein der Amtsträger und kirchlichen Mitarbeiter kennzeichnen werden, bis es vielleicht wieder eine Koalitionlinie in der "Mitte" gibt.

Was bedeutet das alles für die SPD? Doch in erster Linie, daß sie im Protestantismus ein neues Profil gewinnen muß, wofür es übrigens kein historisches Pendant gibt. Es zeigt sich heute, daß in der evangelischen Kirche das Vakuum, das durch den Wegfall des Markenzeichen sozial-liberal entstanden ist, weitaus schwerer wieder aufgefüllt werden kann, als in der Tagespolitik.

Es waren hauptsächlich drei Themen, die die Emigration aus der Sozialdemokratie beflügelten:

- In der Friedenspolitik der zu späte Rücktritt der SPD von der Philosophie der Abschreckung.
- In der Ökologiepolitik der zu spät durchschaute Scheinwiderspruch von Ökologiepolitik und Arbeitsplatzsicherheit.
- Im Demokratieverständnis die Unterschätzung in der SPD von Bereichen wie "dezentrale Entscheidungsstrukturen", "Selbsthilfeidee", "ziviler Ungehorsam".

Die SPD wird erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, will sie im Protestantismus (und nicht nur in den Chefetagen der Kirchen) anstelle der sozial-liberalen Vergangenheit eine unverwechselbare eigene Zukunft einpflanzen. Ohne ein überarbeitetes Programm, ohne den Einbezug der Persönlichkeit in die Politik (das Problem der Glaubwürdigkeit) geht das nicht.

Dazu muß die SPD allerdings in der Kirchenarbeit auch organisatorisch stärker werden. Die fortschrittlichen Kreise des Protestantismus sind jedenfalls kein sicheres Potential mehr, das automatisch dem Aktiysaldo der Partei zugeschlagen werden könnte. Um diese nach wie vor wichtige gesellschaftliche Gruppe muß gerungen werden.

(-/28.8.1984/ks/rs)

+ + +

